



TRENDSZENARIO 2016 FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

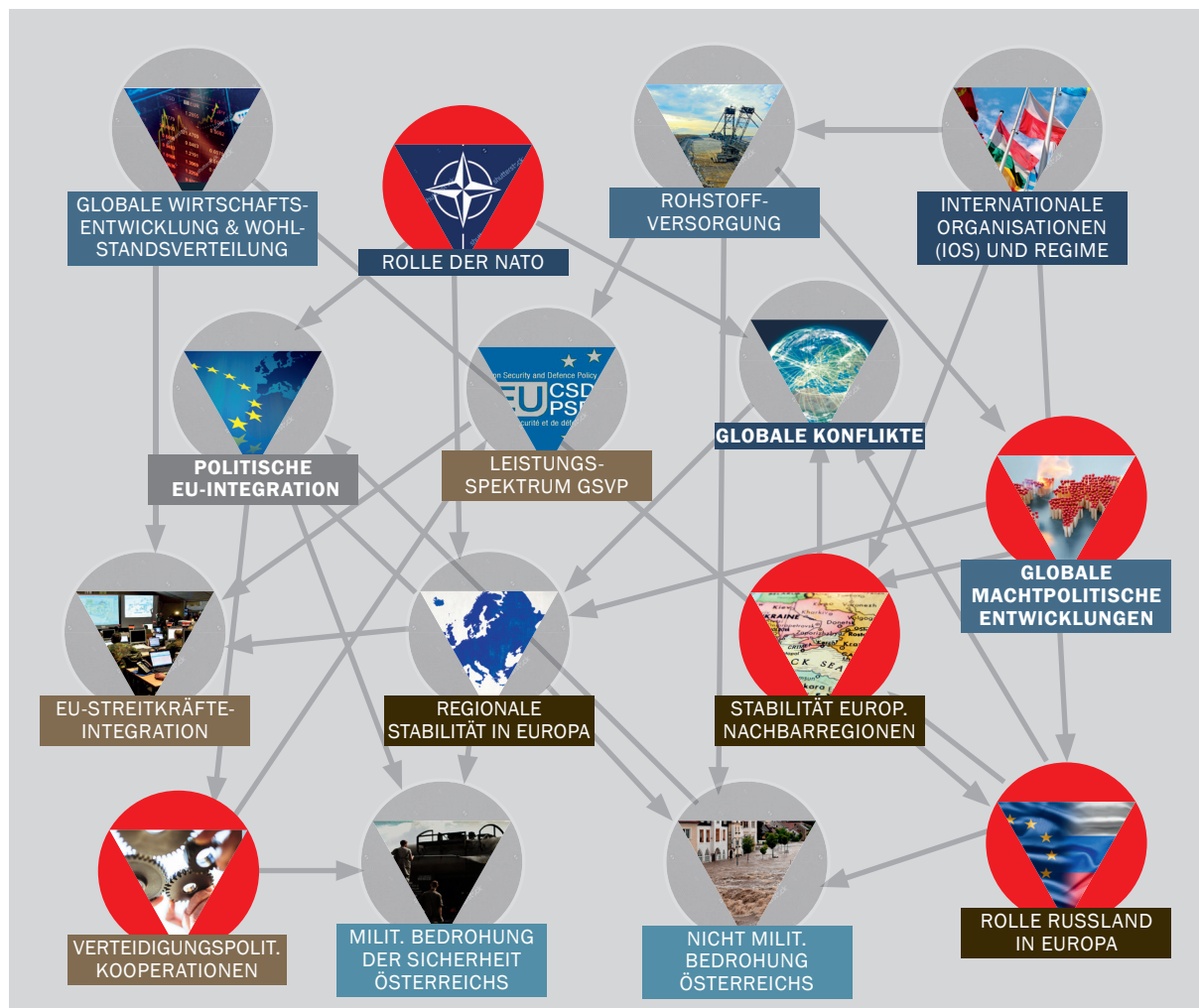
Johann Frank und Gustav E. Gustenau

Dieser Beitrag fasst die Analysen der Experten zusammen und verdichtet sie zu einem Trendszenario 2016 für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

1. Sicherheitspolitische Umfeldszenarien für Österreich 2025

Das Trendszenario 2016 basiert auf den umfassenden Vorarbeiten des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) zur Analyse möglicher künftiger sicherheitspolitischer Entwicklungen. Es ist eine konsequente Weiterentwicklung des Trendszenarios 2015.

Folgende fünfzehn Schlüsselfaktoren und deren Wechselbeziehungen bilden das System der sicherheitspolitischen Umfeldszenarien für die österreichische Verteidigungspolitik:

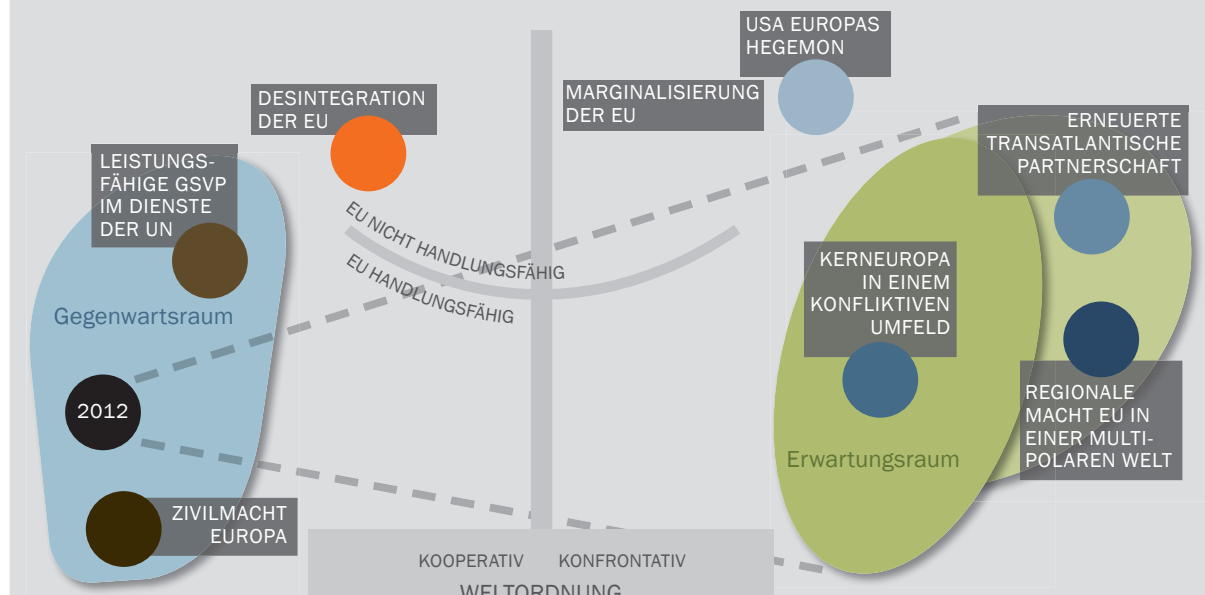


Im Jahr 2012 wurden begleitend zu den Arbeiten an der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) und zur Neuplanung des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) erstmalig sicherheitspolitische „Umfeldszenarien 2025“ erstellt. Dabei wurden die für die österreichische Sicherheitspolitik relevanten Schlüsselfaktoren im Rahmen einer Systemanalyse identifiziert und im Hinblick auf ihre künftigen Entwicklungsmöglichkeiten analysiert. Aus zunächst über hundert Einflussfaktoren wurden die fünfzehn bedeutendsten Schlüsselfaktoren herausgearbeitet.

Die alternativen Ausprägungen der fünfzehn Schlüsselfaktoren wurden zu insgesamt sieben in sich schlüssigen Umfeldszenarien kombiniert. Die Szenarien können entlang der beiden bestimmenden Faktoren, nämlich „sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU“ einerseits und „Konfliktentwicklung im Umfeld der EU“ andererseits, kategorisiert werden. (Siehe Grafik auf der nächsten Seite)

Ausgehend von einer damals, im ersten Erstellungsjahr 2012, noch grundsätzlich stabilen Umfeldsituation

DARSTELLUNG DER SICHERHEITSPOLITISCHEN UMFELDSZENARIEN AUS DER SICHT VON 2011



wurde in einer Perspektive von 10 bis 15 Jahren mit einer wesentlichen Veränderung der äußeren Rahmenbedingungen für Österreichs Sicherheit gerechnet. Im zukünftigen „Erwartungsraum“ befanden sich schon damals – nach Einschätzung der Experten – jene Szenarien, deren Kern man wie folgt beschreiben kann: Das globale Umfeld ist geprägt von einer eher multipolaren, konfrontativen Sicherheitsarchitektur, das Verhältnis zu Russland ist konfliktuell, die EU nimmt ihre sicherheitspolitische Verantwortung wesentlich umfassender wahr als gegenwärtig, wobei der innere Organisationsgrad der EU bei aller Differenzierung auch von einer deutlich engeren Kooperation im Bereich der Verteidigungspolitik gekennzeichnet ist.

Aufbauend auf der Bewertung der sicherheitspolitischen Umfeldszenarien wurden die Grundannahmen für die Österreichische Sicherheitsstrategie und ein Leistungsprofil für das Österreichische Bundesheer entwickelt. Dieses sah im Kern ein auf nicht-konventionelle Bedrohungen ausgerichtetes Bundesheer vor, das national und interna-

tional in einen Kooperationsverbund eingebettet ist und bestmöglich Beiträge im Rahmen einer umfassend angelegten Umfeldstabilisierung sowie einer neu ausgerichteten nationalen gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge leistet.

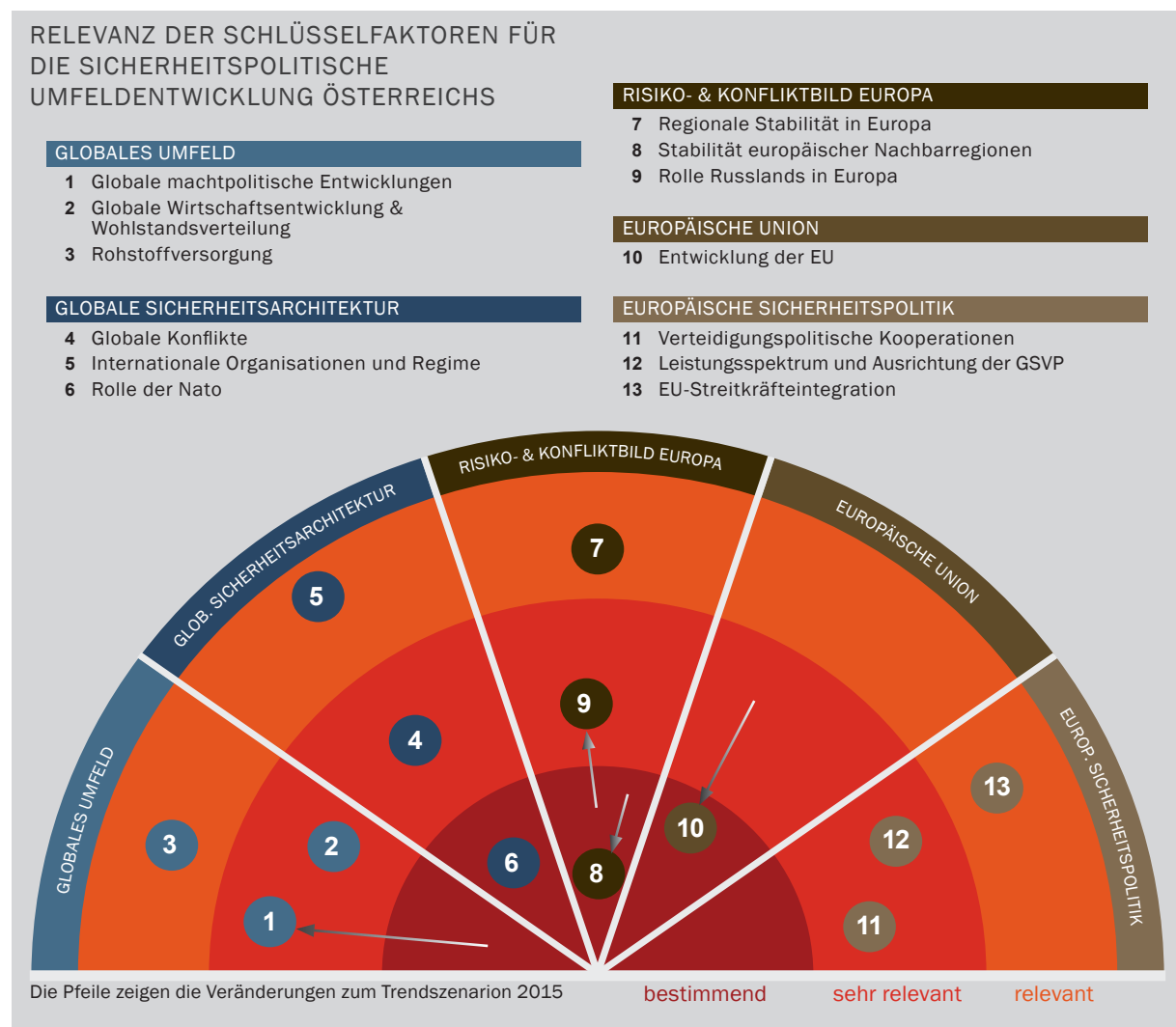
Angesichts der hochgradigen Unsicherheiten im sicherheitspolitischen Umfeldsystem sind ein permanentes Monitoring aktueller Trends und eine Bewertung der Entwicklungsalternativen der Umfeldfaktoren erforderlich. Im Vordergrund des Monitoringprozesses stehen dabei die Fragen, ob die erkennbare Entwicklung in Richtung des ursprünglichen Erwartungsraumes aus dem Jahr 2012 weist, worin die größten Unsicherheiten bestehen, oder ob überhaupt Trendbrüche erkennbar sind, die zu einem gänzlich anderen Umfeld führen können und daher auch gravierende Änderungen in der Verteidigungsplanung zur Folge hätten.

2. Das verteidigungspolitische Trendszenario für Österreich 2016

Eine aktuelle Bewertung des Systems der Umfeldfaktoren unter Berücksichtigung der Einzelbeiträge der „Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2016“ ergibt, dass wie auch im Jahr davor vor allem **sieben Faktoren die größte Relevanz für das System des sicherheitspolitischen Umfeldes für Österreich besitzen**: (1) die Stabilität europäischer Nachbarregionen,

(2) die Rolle Russlands in Europa, (3) globale machtpolitische Entwicklungen, (4) die globale Konfliktentwicklung, (5) die zukünftige Rolle der NATO, (6) der Fortschritt in der EU-Integration und (7) die Weiterentwicklung der GSVP.

Im Unterschied zur Vorausschau 2015 hat die Rolle Russlands in Europa etwas an Relevanz verloren, weil



der Ukraine-Konflikt weitgehend eingefroren werden konnte. Hingegen wurde die Stabilität der europäischen Nachbarschaft zum Faktor mit der höchsten Relevanz, was der Eskalation des Syrienkonflikts und der damit einhergehenden Flüchtlingswelle geschuldet ist. Zentral bleibt für Österreich weiterhin die politische Entwicklung der EU, weil die EU nach wie vor der bestimmende Handlungsrahmen für Österreichs Sicherheit ist und die EU die höchste Hebelkraft im sicherheitspolitischen Umfeld Österreichs aufweist. Zunehmende Bedeutung hat auch der Faktor Regionale Stabilität in Europa, der auch die innere Lage europäischer Staaten umfasst, gewonnen. Die genannten Faktoren bilden damit auch den Kern des Trendszenarios 2016 und haben – abgesehen von den innerösterreichischen Faktoren wie z. B. die außen- und sicherheitspolitische Gestaltungsambition oder die öffentliche Haushaltsentwicklung – auf Sicht die größte Relevanz für die Weiterentwicklung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

2.1 BESCHREIBUNG DER SCHLÜSSELFAKTOREN HINSICHTLICH IHRER ERWARTBAREN ENTWICKLUNG 2016

2.1.1 Stabilität europäischer Nachbarregionen

GENERELLE TRENDBESCHREIBUNG

Die Entwicklungen in der europäischen Nachbarschaft haben auf absehbare Zeit eine erhebliche Beeinträchtigung der Stabilität Europas zur Folge. Das eurostrategische Umfeld der EU bleibt konfliktträchtig und instabil. Eines der größten Risiken besteht darin, dass die EU in den Nachbarregi-



onen dramatisch an Einfluss verliert und nur mehr bedingt über die Ressourcen verfügt, diese Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Negativen Entwicklungen kann die EU somit zunehmend weniger gegensteuern. Auf militärstrategischer Ebene bleiben die steigende Bedrohung durch hybride Konflikte und der zunehmende Bedarf an Stabilisierungskräften in der jeweiligen Region bis hin zu Interventionskräften zur Bekämpfung der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) auf der Tagesordnung. Allerdings ist eine umfassende gegen Europa gerichtete militärische Bedrohung durch eine außereuropäische Gegenmacht auf Sicht nicht zu erwarten. Oberstes strategisches Ziel muss die Abgrenzung Europas vom hybriden Konflikttraum im Süden sein.

POLITISCHE UND MILITÄRSTRATEGISCHE TRENDENTWICKLUNGEN IN DEN REGIONEN

UKRAINE

Die innenpolitische Situation der Ukraine wird auch im Jahr 2016 in erster Linie durch ein von Korruption geschwächtes und destabilisiertes Wirtschafts- und Finanzsystem geprägt sein. Bei einer weiteren maßgeblichen Verschlechterung der sozialen Situation der Bevölkerung ist auch mit größeren gewaltvollen Protesten, zu rechnen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungspolitik und die allgemeine Kriegsmüdigkeit kommen nicht zuletzt in der – zur gesellschaftspolitischen Aufbruchsstimmung des Euromaidan im krassen Gegensatz stehenden – Ablehnung der bestehenden politischen Parteien und der Regierung wie des Präsidenten zum Ausdruck. Die Umfragen deuten generell auf eine Legitimationskrise des politischen Systems hin. Die Fortsetzung des im Herbst des Jahres 2015

erreichten in Gang gebrachten „Frozen Conflict“ im Südosten der Ukraine scheint aus heutiger Sicht wahrscheinlich zu sein. Durch das „Einfrieren“ des Konflikts wird die Option einer politischen Konfliktlösung grundsätzlich offen gehalten. Dennoch kann eine Eskalation der Gewalt für das Jahr 2016 nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Der Versuch Kiews, den Donbass-Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen, bildet für Moskau die „rote Linie“ für den offenen Eintritt in den Konflikt. In diesem Fall würden sich die ohnehin angespannten Beziehungen zwischen dem Westen und der Russischen Föderation rapide abkühlen, mit nicht absehbaren Folgen für die gesamte europäische Sicherheit.

Für die Kiewer Führung scheint die Billigung des „Einfrierens“ des Konfliktes im Osten des Landes – angesichts der bedrohlichen Wirtschafts- und Soziallage – mittlerweile unumgänglich zu sein. Auf diese Weise würden Kapazitäten freigesetzt, um die dringenden Reformen (nicht zuletzt eine Verfassungsreform) umzusetzen und die eingeleiteten Schritte zur Zurückdrängung des Einflusses rechtsnationalistischer Kräfte fortzuführen. Das fragile innere Gleichgewicht hängt dabei stark vom Vorgehen Kiews in der Frage der gesellschaftlichen Konsolidierung ab. Eine wichtige Voraussetzung stellt die Minderung der in der ukrainischen Gesellschaft tief verwurzelten ideologischen Spannungen zwischen der – gegenüber einer tieferen Verflechtung mit der NATO und der EU offenen – Zentral- und Westukraine einerseits und der Russland-affineren Süd- und Ostukraine dar. Die Lösung zahlreicher innerer Probleme scheint aber aus derzeitiger Sicht angesichts der bestehenden strukturellen Defizite schwierig. Ohne starke, in erster Linie externe wirtschaftliche Unterstützung sind signifi-

kante Auswirkungen auf das fragile politische System vorprogrammiert.

WESTBALKAN

Die derzeitige Entwicklung am Westbalkan entspricht weiterhin dem Szenario eines „stabilitätsgefährdenden Stillstands“, insbesondere was die stagnierende Annäherung an die EU und die erforderliche Weiterentwicklung von Wirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und politischer Stabilität betrifft. Das aktuell größte Risiko resultiert aus einer Nichtbewältigung der Flüchtlingskrise, was dazu führen könnte, dass Flüchtlinge massenweise in den Westbalkanstaaten stranden und so das schwache wirtschaftliche und soziale Gefüge destabilisieren könnten. Räumlich begrenzte gewaltsame Auseinandersetzungen sind am Westbalkan wegen weiter bestehender politischer und ökonomischer Instabilitäten sowie interethnischer Konflikte daher möglich. Der Ausbruch neuer Balkankriege großen Ausmaßes ist unter der Voraussetzung einer fortgesetzten EU-Konsolidierungspolitik gegenüber der Region in absehbarer Zeit unwahrscheinlich. Eine Schwächung der EU als respektierter Akteur mit proaktivem Engagement könnte Antagonismen am Westbalkan jedoch gefährlich verschärfen. Wegen noch bestehender Instabilitäten bleibt die Präsenz von EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina und KFOR im Kosovo als Sicherheitsnetz notwendig. Eine verstärkte Aufmerksamkeit ist den islamistischen Tendenzen zu widmen.

ISLAMISCHE REPUBLIK IRAN

Die Plausibilität nimmt zu, dass der Iran mittelfristig (sechs bis zwei Monate) an den Rand einer erns-

ten innenpolitischen Krise kommen könnte, weil Präsident Hassan Rohanis Reformen Widerstand extremistischer Kreise entgegenschlägt. Nach jetzigem Wissensstand ist davon auszugehen, dass es ihm gelingen wird, diese Krise zu bewältigen. Dabei verbraucht er jedoch seine politische Energie und Gestaltungskraft und vor allem wichtige Zeit. Schließlich ist derzeit nicht abzusehen, wie die politischen Eliten des Landes mit dem allfälligen Ableben der Urgesteine der Revolution – Ali Khamenei und Akbar Hāschemi Rafsandschāni – umgehen werden. Das Szenario eines verschärften Verteilungskampfes ist dabei durchaus möglich, blickt man auf die chaotischen knapp vierzig Jahre der Islamischen Republik zurück, dann erwiesen sich die revolutionären Eliten nicht nur als lernfähig, sondern auch als durchaus in der Lage, mit dramatischen Situation und Krisen umzugehen.

In außenpolitischer Hinsicht kann der Iran die Situation im Irak weitgehend unter Kontrolle behalten, steckt gleichzeitig jedoch in Syrien fest. Das Eskalationspotential mit Saudi-Arabien bleibt unvermindert hoch, aber unter der strategischen Eskalationsschwelle. Eine direkte saudisch-iranische Konfrontation kann jedoch als Worst Case nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

DER MITTLERE OSTEN

Die gesamte Region des Mittleren Ostens ist von einer höchst instabilen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Situation gekennzeichnet. Konflikte sind von einer undurchschaubaren Vermischung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure geprägt. Von besonderer Bedeutung sind die Machtdiffusion zwischen den Staaten und der Aufstieg nichtstaatlicher Akteure.

Aufgrund der divergierenden Interessen der wesentlichen Akteure USA, Russland, Saudi-Arabien, Iran, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Türkei und Ägypten wie auch der mangelnden Konfliktlösungskapazitäten der UNO ist kurz- und mittelfristig gesehen keine Befriedung der Region absehbar. Der israelisch-palästinensische Konflikt, der traditionell im Mittelpunkt der regionalen Politik stand, wird durch die umgebenden Ereignisse in Syrien und Irak überschattet. Das „Gespenst“ des Terrorismus, das in allen Staaten der Region wütet, verhindert den Fokus auf wirtschaftliche und politische Herausforderungen wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit, Korruptionsbekämpfung, politische Partizipation oder Sicherheitssektore reformen. Die wirtschaftliche Not führt zu verstärkter Perspektivenlosigkeit, insbesondere unter der jungen Bevölkerung, und bietet dschihadistischen Gruppierungen weiterhin Nährboden zur Rekrutierung.

In vielerlei Hinsicht durchlebt die Region ein verlorenes Jahrzehnt ohne Fortschritte bei der Beseitigung der Gewalt und der Wiederherstellung der Stabilität, dennoch ist ein totaler Zusammenbruch der Staaten auf der arabischen Halbinsel nicht absehbar. Trotz der Instabilitäten in dieser Region haben diese Faktoren geringe und allenfalls nur räumlich begrenzte Auswirkungen auf Europa. Zu den Bedrohungen für Europa zählen in diesem Kontext Terrorattentate, die von Einzeltätern durchgeführt und von Terrorgruppen zumindest ideologisch unterstützt werden, sowie verstärkte Flüchtlingsströme, insbesondere aus Syrien, dem Irak, Palästina und Ägypten. Mit den Syrien-Gesprächen in Wien wurde immerhin ein Prozess eingeleitet, an dessen Ende im günstigen Fall mittelfristig ein Ende der Kampfhandlungen stehen könnte. Kurzfristig kann mit einer Eskalation im Syrienkrieg gerechnet werden.

TÜRKEI

Die Türkei entwickelt sich zu einem Schlüsselstaat für die europäische Sicherheit mit tendenziell problematischer Ausrichtung. So entwickelt sich die innere Verfassung des Landes in einer zunehmend zur EU inkompatiblen Weise. Auch die Polarisierungspolitik Präsident Recep Tayyip Erdoğan wird zu einer ernsthaften Gefährdung für die Stabilität des Landes. Instabilität in der Türkei allerdings würde die Sicherheit in Südosteuropa und in der Schwarzmeerregion dramatisch schwächen und die negativen Auswirkungen der Konflikte in Nahen Osten noch verstärken. So könnten sich türkisch-kurdische Konflikte in der Diaspora in Europa fortsetzen, und die Türkei könnte in der Flüchtlingspolitik nicht nur die Kooperation mit der EU einschränken, sondern auch selbst zum vermehrten Auslöser neuer Migrationsströme in die EU werden. Europa ist gefordert, eine Balance zwischen Kooperation und Abhängigkeit zu finden.

NORDAFRIKA

Aufgrund des vorläufigen Scheiterns der Verhandlungen über eine einheitliche Regierung in Libyen werden räumlich begrenzte Auseinandersetzungen das Bild prägen. Diese haben aber vorerst nicht das Potential, die gesamte Region zu destabilisieren. Für die anderen Staaten Nordafrikas sind für den Beobachtungshorizont keine signifikanten sicherheitspolitischen Veränderungen zu erwarten. Ägypten und Tunesien werden mit terroristischen Bedrohungen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft konfrontiert bleiben. Eine fundamentale Veränderung der Sicherheitssituation könnte im Falle eines massiven Ausweichens von „IS“-Kämpfern in den Nordafrikanischen Raum erfolgen.

TRENDSTABILITÄT UND UNSICHERHEITEN

Der aktuelle Trend in Bezug auf die Stabilität europäischer Nachbarregionen scheint trotz erheblicher Unsicherheiten relativ stabil zu sein, wenngleich Tendenzen in Richtung starke Beeinträchtigung mit europaweiter Ausweitung vorhanden sind. Dies weniger im Sinne einer militärischen Gegenmacht zur EU, sondern eher in Form der Kumulierung verschiedener Faktoren wie etwa der Flüchtlingskrise und des islamistischen Terrorismus, die v.a. die politische Stabilität der EU und einzelner Mitgliedsstaaten vor eine ernste Herausforderung stellt. Die unmittelbaren Folgen der Konflikte in der Ukraine, im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika wie auch die Stagnation der Entwicklung auf dem Westbalkan sowie die problematische Entwicklung in der Türkei scheinen derzeit noch beherrschbar. Zumal auch die Auswirkungen auf die zu den Krisenregionen unmittelbar angrenzenden EU-Staaten noch beschränkt sind. Allerdings bestehen für die EU erhebliche Risiken, insbesondere durch ein Ausweichen des in Syrien und im Irak bekämpften islamistischen Terrorismus nach Nordafrika. Failed-State-Szenarien in Nordafrika würden das Terror- und Migrationsrisiko an der europäischen Gegenküste und in der Sahelzone erheblich steigern, wobei insbesondere die Lage in Libyen prekär bleibt.

2.1.2 Die Rolle Russlands in Europa



GENERELLE TREND-BESCHREIBUNG

Der bereits seit Jahren anhaltende Trend eines zunehmend konflikthaften Verhältnisses zwischen

der EU und Russland setzt sich weiter fort. Die Entfremdung der letzten Jahre hat mit der Ukrainekrise einen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Die Ambitionen Russlands sind klar auf eine Absicherung der postsowjetischen Einflusszone und damit einhergehend auf eine Verhinderung der weiteren Ausbreitung von EU und NATO ausgerichtet. Russland vollzieht in eigener Wahrnehmung somit eine reaktive Defensivstrategie. Damit verbunden ist aber auch die Ambition Russlands nach einer stärkeren eigenständigen Rolle in den internationalen Organisationen und in globalen Ordnungsfragen.

POLITISCHE UND MILITÄRSTRATEGISCHE ENTWICKLUNGEN

Vor dem Hintergrund der Konfrontation mit dem Westen wird das innenpolitische Klima Russlands zunehmend autoritärer. Dies wird die Widersprüche mit Europa verstärken. Der Eintritt in einen neuen Zyklus geokultureller Konfrontation mit einer an den östlichen Rand Europas verschobenen kulturellen „Bruchlinie“ erscheint immer wahrscheinlicher.

Die Sanktionen stellen selbst im Falle der Aufhebung bzw. erheblichen Lockerung zweifelsohne eine tiefe Zäsur in den Beziehungen zwischen Russland und Europa dar. Das Fortführen des „Business as usual“, der offiziell verlautbarten „strategischen Partnerschaft“ der vergangenen zwei Dekaden ist aus heutiger Sicht schwer vorstellbar, weswegen es eines neuen Beziehungsmodells bedarf. Zu lösen gilt es auch die im Hintergrund stehende Schlüsselfrage, inwieweit es Europa gelingt, sich von US-amerikanischen geoökonomischen und strategischen Interessen zu emanzipieren. Da dies auch in absehbarer Zeit nicht in euro-

päischem Sinne beantwortet werden dürfte, ist eine Prolongierung innereuropäischer Widersprüche in Bezug auf den Umgang mit Russland die wahrscheinliche Konsequenz.

Dennoch ist eine pragmatisch-beschränkte Partnerschaft mit dem Westen u. a. zum Zwecke der Modernisierung der Wirtschaft durch Technologieimport vorstellbar und nach Aufhebung der gegenseitigen Sanktionen wahrscheinlich.

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Russlands entspricht dieser generellen politischen Ambition. Die russischen Streitkräfte werden im Zuge der jüngsten Reformen in Richtung kleinerer, im Rahmen von Spezialoperationen flexibel einsetzbarer Einheiten umstrukturiert, um sich an die neuen Bedrohungen anpassen zu können. Die Reformen erfolgen unter besonderer Berücksichtigung der Einsätze während des Bürgerkrieges in Tadschikistan (Anfang der 1990er Jahre), der beiden Militäreinsätze in Tschetschenien (Mitte und Ende der 1990er bzw. Anfang der 2000er Jahre) sowie des Fünftagekrieges gegen Georgien im Jahr 2008. Laut der im Jahr 2009 beschlossenen „Sicherheitsstrategie 2020“ steht die Welt vor einer neuen Ära des internationalen Ringens um Rohstoffe. Die russische Führung erwartet Aufkommen von Konflikten in der russischen Nachbarschaft, v. a. im Nahen Osten, in der Arktis, Barentssee, im kaspischen Raum und in Zentralasien. Das rohstoffreiche Russland sieht sich als besonders begehrte und deshalb bedrohte Ressourcenquelle.

Die Gefahr von Terroranschlägen in Russland ist im Lichte des russischen Syrieneinsatzes, des Vorgehens gegen den sogenannten „IS“ und der terroristischen Bedrohung Europas außerordentlich hoch. Beson-

ders problematisch erweist sich hierbei der Nordkaukasus als „inneres Ausland“. In diesem Zusammenhang können sich die EU bzw. einzelne EU-Staaten als wichtige Verbündete erweisen. Auch die wichtigsten gegenwärtigen Tendenzen der russischen Außenpolitik – Syrienkonflikt, „Einfrieren“ des Konfliktes im Südosten der Ukraine, Stabilität von Südkaukasus und Zentralasien – zielen auf eine Verbesserung der Beziehung zum Westen ab. Die Stabilisierung des Verhältnisses zum Westen wird jedoch nicht in einem einseitigen Entgegenkommen gegenüber Washington und Brüssel bestehen. Viel mehr wird Moskau weiter auf die Anerkennung der Legitimität russischer Interessen drängen. Als Idealooption sieht Russland eine Beteiligung am internationalen „Konzert der Großmächte“, als gleichberechtigter Partner der USA, der EU und Chinas.

TRENDSTABILITÄT BZW UNSICHERHEIT

Der für den aktuellen Trend hochrelevante Fortbestand der Stabilität Russlands erscheint mittelfristig gegeben zu sein, wobei im Falle der Fortführung der Sanktionspolitik die Wirtschaft ab dem Jahr 2017 unter massiven Druck geraten dürfte. Im Worst Case könnten – wenngleich aus heutiger Sicht unwahrscheinlich – Zerfallserscheinungen der Russischen Föderation erwartet werden. Für das Eintreten dieser Entwicklung wäre jedoch ein rascher Fall der gegenwärtigen Kremlführung vorausgesetzt. Die Wahrscheinlichkeit für eine solche Entwicklung unter dem Druck der Wirtschaftskrise – im Wege einer von bestimmten Elitegruppen geleiteten Palastrevolte oder einer nach ukrainischem Vorbild ablaufenden „Volksrevolution“ – ist jedenfalls bis zu den Präsidentschaftswahlen 2018 bzw. 2024 als sehr gering zu betrachten.

Auch eine andere denkbare Entwicklung entbehrt aktuell jeglicher rationaler Grundlage: der Aufbau eines gegenüber dem Westen konfrontativen umfassenden militärischen Dispositives. Gegen einen radikalen Wechsel in der militärstrategischen Ambition sprechen fundamentale politische wirtschaftliche Gründe. Russland kann aus einer militärischen Herausforderung des Westens keine relevanten strategischen Vorteile lukrieren und müsste den Militärapparat über die bestehenden Planungen hinaus massiv weiterentwickeln. Schon die bisherigen Planungen sind aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr einzuhalten. Die russische Wirtschaft müsste etwa bei einer weiteren Verschärfung der Konfrontation mit dem Westen mit einem wesentlich schärferen Sanktionsregime rechnen. Die negativen Tendenzen der russischen Wirtschaft würden sich dadurch erheblich verstärken und das gesamte Wirtschafts- und Sozialsystem an den Rand eines Totalkollapses bringen, mit nicht absehbaren Folgen für das politische System und die innere Stabilität des Landes.

2.1.3 Globale machtpolitische Entwicklungen



TRENDBESCHREIBUNG

Die Ambitionen Russlands wie auch anderer BRICS-Staaten sowie die außen- und sicherheitspolitische Fokussierung der USA auf den pazifischen Raum zur Ausbalancierung der chinesischen Machtansprüche weisen in Richtung eines globalen Systems, das von einer konfrontativen Multipolarität gekennzeichnet ist.

TRENDSTABILITÄT BZW UNSICHERHEIT

Es gibt wenige Anzeichen, dass es globalstrategisch 2016 zu einer Trendumkehr zurück zu mehr Kooperation, effektivem Multilateralismus und wiederbelebter Globalisierung kommen könnte. Selbst positive Entwicklungen im Syrienkonflikt dürften den Trend zu weiterer globaler Fragmentierung und zur Auflösung gemeinsamer globaler Ordnungsvorstellungen und Ordnungsfähigkeit mit einhergehender Steigerung regionaler Konfliktintensität nicht aufhalten. Wesentliche entwicklungsbestimmende Vorentscheidungen werden in diesem Zusammenhang der Ausgang der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die Ergebnisse der Weltklimakonferenz (Paris), die Umsetzung des Nuklearabkommens mit dem Iran, die globale Weltwirtschaftsentwicklung sowie die Entwicklung der weltpolitisch bedeutsamen Spannungen im Ostchinesischen Meer zwischen dem Westen und Russland einerseits und zwischen China und Japan andererseits sein. Die westliche sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit wird v. a. von der wachsenden Ermüdung der US-amerikanischen Bevölkerung im Willen zu globaler sicherheitspolitischer Ordnungs- und Verantwortungsübernahme und vom einsetzenden Wahlkampf um das Amt im Weißen Haus mitbestimmt sein.

2.1.4 Globale Konflikte

TRENDBESCHREIBUNG

Aufgrund der mangelnden Konfliktlösungskapazitäten der Internationalen Organisationen wie auch der divergierenden Interessen der großen Mächte ist mit einer Zunahme der Intensität



der globalen Konfliktaustragung zu rechnen, wobei sowohl staatliche wie mit steigender Tendenz auch nichtstaatliche Akteure involviert sind. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Diffusion von Macht von Staaten zu nichtstaatlichen Akteuren bis hin zu Einzelpersonen. Heute verfügen nichtstaatliche Akteure und „Superempowered Individuals“ über Potentiale, die bislang Staaten vorbehalten waren, wobei gerade deren Verhalten sich der Vorhersehbarkeit weitgehend entzieht und jederzeit „strategische Schockergebnisse“ auslösen kann.

Auf geopolitischer Ebene ist festzustellen, dass angesichts fehlender gemeinsamer Ordnungsvorstellungen der großen Mächte USA, Russland, China und EU sowie der fragilen globalen wirtschaftlichen Gesamtlage die Weltordnung zweihundert Jahre nach dem Wiener Kongress äußerst unsicher ist und regionale Konfliktlagen etwa in Osteuropa, Ostasien oder im Nahen Osten zu weiteren massiven Verwerfungen führen können, denen die EU mangels verfügbarer kollektiver sicherheitspolitischer und militärischer Handlungsfähigkeit weitgehend passiv gegenüber stünde.

Die Effektivität internationaler Organisationen und Regime bleibt eingeschränkt, da deren Akzeptanz aufgrund der zunehmenden Rivalität der Weltordnungsvorstellungen einzelner Mächte nur auf jene Bereiche beschränkt ist, wo gemeinsame Interessen identifiziert werden können.

Auf Ebene der Vereinten Nationen setzt sich der Trend zu anspruchsvolleren, risikoreicheren Friedenseinsätzen und zur Implementierung robusterer Mandate fort. Truppenstellende Nationen sind daher zunehmend gefordert, den Vereinten Nationen

für diese neuen Szenarien militärische Einheiten mit verbessertem Schutz, höherer Mobilität und moderner technologischer Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.

2.1.5 Die Rolle der NATO

Aktuell ist eine Veränderung der strategischen Rolle der NATO festzustellen. Lag in den letzten zwei Jahrzehnten der Fokus auf Out-of-Area-Krisenmanagementeinsätzen unter teilweise drastischer Reduzierung der Bedeutung des Artikels 5, steht eben diese Bündnisverteidigung nun im Gefolge der Ukraine Krise wieder prominent auf der Agenda.



Auch nach dem Gipfel von Wales im September 2014 und vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen der USA kann nicht als sicher angenommen werden, dass die NATO die militärische Sicherheit in der europäischen Nachbarschaft garantiert. Es werden zwar Artikel-5-Aufgaben im Lichte der Ukraine Krise zumindest auf der politischen Agenda wieder stärker in den Vordergrund treten, eine nachhaltige Stärkung von Verteidigungsanstrengungen in den Bereichen Streitkräfteentwicklung, Dislokation und Übungen ist aber vorerst nicht abzusehen. Bislang war die NATO vor allem im südlichen Krisenbogen weitgehend absent. Dies könnte sich 2016 durch die Übernahme einer Unterstützungsmission für die irakische Regierung im Kampf gegen den „IS“ ändern. So wird die NATO auch 2016 zwischen der Reduktion auf eine flexible Toolbox für Krisenmanagementeinsätze und einer Rückwendung zur Territorialverteidigung schwanken sowie versuchen,

dem Trend zur weiteren Reduzierung der nationalen Verteidigungsbudgets entgegenzusteuern. Das Spannungsverhältnis konkurrierender Sicherheitsbedürfnisse und Bedrohungsperzeptionen zwischen den Mitgliedsstaaten wird auch den NATO-Gipfel 2016 in Warschau bestimmen. Darüber hinaus sind forcierte Bestrebungen seitens der Allianz erkennbar, über das Thema „hybride Bedrohungen“ verstärkten Einfluss auf die Sicherheitspolitik der EU zu gewinnen.

2.1.6 EU-Entwicklung

TRENDBESCHREIBUNG



Den dargestellten globalen und eurostrategischen Herausforderungen steht eine Union gegenüber, die auf Sicht gesamthaft keine weiteren substantiellen Integrationsschritte vornehmen, sondern eher danach trachten wird, den aktuellen Integrationsbestand zu erhalten. Eine internationale Marginalisierung der EU mit der Konsequenz drastisch reduzierter Einschränkung in der Gestaltungsfähigkeit des relevanten Umfelds kristallisiert sich immer mehr heraus.

Auf Sicht scheint die Stabilität der relevanten EU-Mitgliedsstaaten gegeben, sodass vorerst mit keinen disruptiven Ereignissen in der EU selbst zu rechnen ist. Es gibt in einigen EU-Staaten zwar erhebliche Probleme in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit, politischer Extremismus, Rechtsstaatlichkeit, Umgang mit Flüchtlingen, Migration und Integration sowie soziale Stabilität, aber insgesamt können Wille und Leistungsfähigkeit Europas derzeit noch so eingeschätzt werden, dass die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen sind.

TRENDSTABILITÄT UND UNSICHERHEITEN

Von zentraler Bedeutung für die EU bleiben die Überwindung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise im Euroraum und zusätzlich die Bewältigung der Flüchtlingskrise. Zunehmend in den Fokus gerät dabei die Leistungsfähigkeit Deutschlands mit seiner bislang dominierenden Rolle als politische und wirtschaftliche Macht. Bislang konnte Deutschland gravierende Desintegrationsschritte der EU verhindern und in außenpolitischen Krisen wie jener um die Ukraine die Führung übernehmen. Indikatoren zeigen allerdings an, dass es infolge der multiplen Herausforderungen für die deutsche Politik zu einer Schwächung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems Deutschlands kommen könnte. Hierin besteht auf Sicht das wohl größte Risiko für Europa und damit auch für Österreich. Eine derartige Entwicklung würde die politische, wirtschaftliche und Führungskrise der EU dramatisch verschärfen.

Die bereits eingetretene Spaltung entlang der politischen und auch ökonomischen Interessen der Mitgliedsstaaten dürfte zunehmen, was nicht nur zu erheblichen Bruchlinien in Europa führen dürfte, sondern auch massive Divergenzen im Umgang mit externen Herausforderungen hervorbringen wird. Denkbar ist allerdings, dass sich ein derzeit noch schwacher Trend zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten mit ähnlicher Interessens- und Wirtschaftslage in variabler Zusammensetzung verstärken könnte. Offen ist allerdings, ob sich daraus eine Kerngruppen-Formation entwickeln kann, die auch eine Vertiefung im Bereich der Verteidigung anstrebt.

Eine weitere Ursache für eine Trendänderung könnte ein sich allfällig abzeichnender Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU sein.

Auch in Bezug auf die innere Stabilität relevanter EU-Mitgliedsstaaten müssen erhebliche Unsicherheiten im Auge behalten werden. Extremereignisse wie ein zweiter Finanzkollaps, Terroranschläge, die Nichtbewältigung der Migrationsfrage in Kombination mit politischem Extremismus, verstärkte Spillover-Effekte der Krisen in der Ukraine sowie insbesondere aus der MENA-Region könnten rasch zu einer substanziellen Lageverschlechterung führen.

2.1.7 Leistungsspektrum und Ausrichtung der GSVP, EU-Streitkräfteintegration und Kooperationen



TRENDBESCHREIBUNG

Die EU kann ihr sicherheits- und verteidigungspolitisches Potential weiterhin nicht vollumfänglich realisieren. Das Schwergewicht der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wird im unteren bis mittleren Krisenmanagement liegen, wobei das Militär im Rahmen des breit angelegten Krisenmanagementansatzes der EU auch weiterhin nur eine eingeschränkte Rolle zu übernehmen hat. Obwohl die Ambition einer autonomen Verteidigung der EU auch weiterhin nicht auf der Agenda steht, sind einzelne Ansätze bei den strategischen Fähigkeiten, bei Hauptquartieren und in der Rüstung in Richtung autonomer militärischer Fähigkeiten erkennbar. Der Trend bei Krisenmanagementeinsätzen im Rahmen der GSVP geht in Richtung kleinere bis mittlere zivil-militärische Operationen maximal

mittlerer Intensität bei zunehmender Bedeutung von Unterstützungsmissionen für die Bereiche Wiederaufbau und lokale Kapazitätenentwicklung. Geografisch bleiben Europa und Afrika die zentralen Einsatzräume der GSVP.

TRENDSTABILITÄT UND UNSICHERHEITEN

Nach rund fünf Jahren der Stagnation in der GSVP-Entwicklung rückt das Thema „Verteidigung“ wieder stärker in den Fokus europäischer Politik.

Die Frage ist nun, ob mit der erstmaligen Aktivierung der „Beistandsklausel“ am 17. November 2015 durch Frankreich eine Trendwende eingetreten ist. Die politische Motivation Frankreichs für diesen Schritt war es zunächst, eine breite Solidarität und Unterstützung einzuholen. Die konkreten Beiträge werden bilateral unter Berücksichtigung der Fähigkeiten und Interessen der Mitgliedsstaaten ausverhandelt. Neben direkter Unterstützung für den Kampf gegen den „IS“ in Syrien und im Irak stehen „Entlastungsbeiträge“ für das französische Engagement in Afrika und in der Levante im Mittelpunkt der Überlegung. Damit soll einerseits ein politisches Signal an die Bürger in Frankreich und der EU abgegeben werden, dass der Kampf gegen den „IS“ eine europäische Aufgabe ist und nicht primär eine der NATO und dass Frankreich dabei nicht alleine ist. Andererseits soll damit auch die GSVP dynamisiert werden. Ob daraus schon eine Trendwende hin zu einer nun eigenständigen Verteidigung Europas abgeleitet werden kann, ist offen. Zudem besteht ein erhebliches Risiko, dass eine folgenlose Aktivierung der Beistandsklausel zu einem weiteren Vertrauensverlust in die EU führen könnte.

Der Trend zur Etablierung vielfältiger Kooperationsprojekte wird vor allem aufgrund national limitierter Ressourcen weitergehen. Allerdings wird es bei den relevanten EU Mitgliedsstaaten keinen Verzicht auf Kernfähigkeiten geben. Sie werden ihre eigenständige nationale Handlungsfähigkeit erhalten wollen, was insgesamt im europäischen Kontext den Fortbestand strategischer Inkohärenz prolongiert.

Tatsächlich sind die gemeinsamen europäischen Investitionsvorhaben aktuell jedoch rückläufig. Es werden nur etwa 15 Prozent der verfügbaren Investitionsgelder in Form gemeinsamer europäischer Projekte ausgegeben. In der Praxis dominieren Kooperationsvorhaben, die aufgrund nationaler limitierter Ressourcen und nationaler Interessenslagen angestoßen werden. Eine arbeitsteilige Vorgangsweise und ein Verzicht auf Kernfähigkeiten hat angesichts strategischer Inkohärenzen noch nicht Platz gegriffen. Kooperationsbereitschaft ist daher weiterhin eng an die Erhaltung möglichst umfassender nationaler Handlungsfähigkeit gebunden und findet primär zwischen gleich gesinnten Staaten und weniger auf Ebene der EU-28 statt. Also keine Europa-Armee sondern Bildung von regionalen (z.B. Nordische Kooperation oder Visegrad-Gruppe) und funktionalen (z.B. Lufttransport oder Cyber) Fähigkeitsclustern. Damit können jedoch gesamteuropäische Fähigkeitslücken bei strategischen Systemen wie z.B. Aufklärung oder Drohnen nicht gänzlich geschlossen werden. Die eingeschränkte eigenständige militärische Handlungsfähigkeit der EU prolongiert auch die Abhängigkeit von den USA. Am erfolgversprechendsten bleiben Kooperationen zwischen EU-Staaten mit ähnlicher sicherheitspolitischer Interessenslage und vergleichbaren Militärkulturen.

TRENDBESCHREIBUNG

Die gemeinsamen Einsätze finden weiterhin ohne integrierte Streitkräfte statt, selbst der Einsatz von EU-Battlegroups zeichnet sich nicht ab. Übungen und Ausbildung werden weiter in eingeschränktem Rahmen und unter Rückgriff auf NATO-Standards stattfinden.

Trotz einstimmiger politischer Einsatzentscheidungen ist die Aufbietung der erforderlichen Kräfte weiterhin nur mit großem Aufwand möglich. Staaten, die in den Einsatz gehen und die damit verbundenen Risiken übernehmen, tragen auch die finan-

ziellen Kosten. Das ist ein Grund dafür, warum es bislang keinen Einsatz einer EU-Battlegroup gegeben hat. Trotz begrüßenswerter Ansätze in Richtung systematischer gemeinsamer Streitkräfteplanung sind auch weiterhin keine verbindlichen gesamteuropäischen Planungsvorgaben zu erwarten. Der Qualitätssprung von freiwilliger Kooperation zu gelenkter Integration bleibt daher im Bereich der Verteidigung aus. Im Vordergrund werden auch weiterhin „Pooling und Sharing“-Kooperationen zwischen gleichgesinnten Staaten und der Ausbau regionaler zweckorientierter Kooperationsformate stehen.

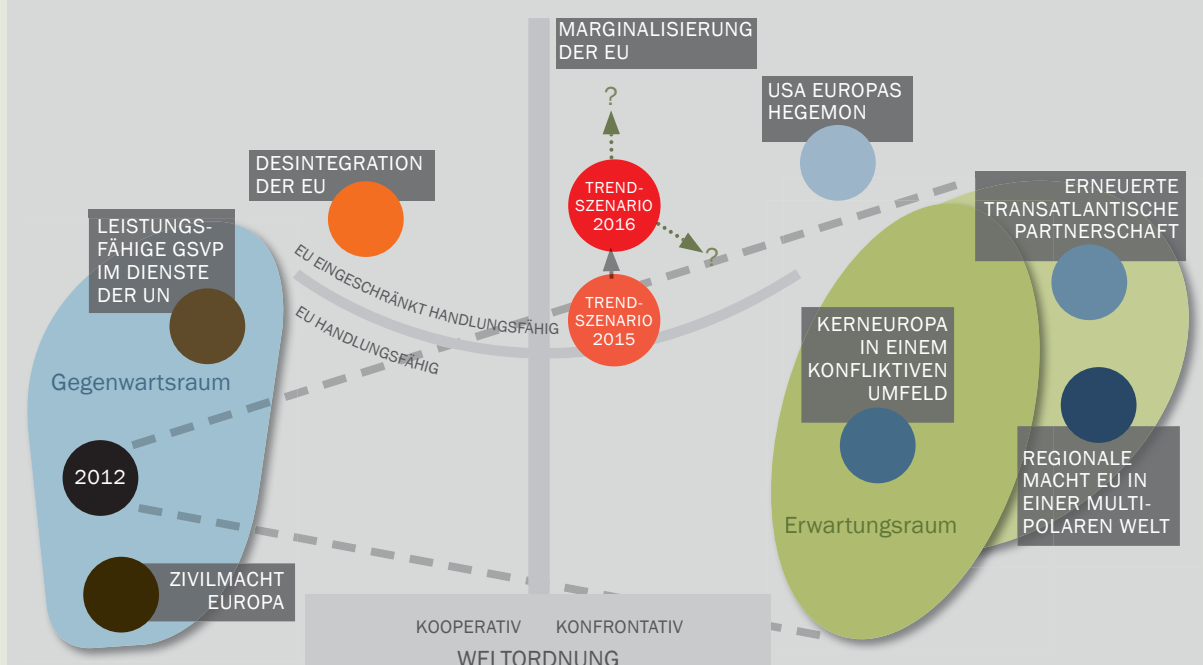
3. ZUSAMMENFASSUNG: Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage der EU und Österreichs im Jahr 2016

Das Trendszenario 2016 ist somit charakterisiert durch eine Verschärfung von Konflikten in der europäischen Nachbarschaft mit weitreichenden Auswirkungen auf die innere Sicherheit und die Resilienz der EU und ihrer Mitgliedsstaaten – insbesondere durch Migration und Terrorismus. Aus den anhaltenden zentrifugalen Kräften innerhalb der EU resultieren nach außen eine eingeschränkte Gestaltungsfähigkeit und eine schwindende Solidarität bei der Bewältigung von Herausforderungen im Inneren. Trotz europaweiter Stabilisierung der Verteidigungsbudgets ist die EU auch weiterhin nicht in der Lage, eigenständig größere Operationen zur Wahrung vitaler Sicherheitsinteressen durchzuführen.

Das Trendszenario 2016 weist im Vergleich zum Trendszenario 2015 bei drei der hochrelevanten Faktoren signifikante Veränderungen auf. Verstärkt hat sich der Trend der *Instabilität in der europäischen Nachbarschaft* und der *sicherheitspolitischen Handlungsschwäche der EU*. Hingegen zeigen die Indikatoren des Faktors

Rolle Russland in Europa, dass eine weitere Steigerung des konfrontativen Verhältnisses zwischen Russland und den EU wenig plausibel ist. Zunehmende Aufmerksamkeit sollte auch der Faktor *Beeinträchtigung der Stabilität in Europa* genießen, dies vor allem wegen der Migrationsströme, den Folgen der Wirt-

DARSTELLUNG DER SICHERHEITSPOLITISCHEN UMFELDSZENARIEN AUS DER SICHT VON 2011



schafts- und Finanzkrise sowie der damit einhergehenden zunehmenden sozialen und politischen Polarisierung innerhalb der EU.

Zudem werden vor dem Hintergrund anhaltender Konjunkturschwäche und eines erwartbaren nur minimalen Wirtschaftswachstums in Europa die finanziellen Ressourcen für die dringend notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen an der südlichen und östlichen Peripherie der EU limitiert sein.

Somit steht die EU in noch dramatischerer Weise als 2015 vor dem Scheideweg, ob sie den aktuellen und über die Migrationskrise noch verstärkten Trend in Richtung Renationalisierung überwinden und auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten hin zu einem leistungsfähigen Kern auf den Weg bringen kann.

Die Bewertung der Anschläge von Paris am 13. November 2015 sowie die „Aktivierung“ der EU-Beistandsverpflichtung am 17. November im Hinblick auf ihre Qualität als „Gamechanger“, der einen Schlüsselfaktor oder gar dem ganzen Szenario eine andere Richtung gibt, fällt zurückhaltend aus. Das Ausmaß der Anschläge – allenfalls auch noch folgende – liegt im Rahmen des antizipierten Konfliktbildes des asymmetrischen Konfliktes mit dem „IS“, insofern noch konventionelle Kampfmittel zum Einsatz kommen und keine Massenvernichtungswaffen. Die zentrale Herausforderung liegt daher eher darin, die politische und soziale Stabilität in den aktuellen und möglichen weiteren Anschlagsländern aufrechtzuerhalten wie auch darin, ein Mindestmaß an europäischer Geschlossenheit zu dokumentieren. Darin liegt auch die Gefahr der „Aktivierung“ der Beistandsklausel aus dem EU-Vertrag, wenn sie über die Symbolik nicht

hinausgeht und keinerlei Impulse für Verteidigungsanstrengungen setzt, die diesen Namen auch verdienen.

Das aus den dargestellten plausiblen Entwicklungen der Schlüsselfaktoren abgeleitete Trendszenario 2016 liegt somit noch in der generellen Richtung des Erwartungsraumes einer „multipolaren konfliktträchtigen globalen Weltordnung“, wobei die sicherheitspolitische Funktions(un)fähigkeit der EU zum entscheidenden Unsicherheitsfaktor wird. Mit einem Trendbruch dergestalt, dass die EU an einer leistungsfähigen GSVP sowohl politisch als auch militärisch scheitert, müssten andere Zukunftsszenarien in den Erwartungsraum miteingebunden werden und zur Grundlage sicherheitspolitischer Planung gemacht werden. Diese wären davon gekennzeichnet, dass in einem zweifellos konflikthaften Umfeld die EU noch mehr an Einflussmöglichkeiten verliert – mit weit reichenden negativen Folgen für die politische, wirtschaftliche und soziale Resilienz der EU. Im besten Falle könnte die EU in diesem Fall mit einer erneuerten atlantischen Allianz ihren Bedeutungsverlust partiell kompensieren, was allerdings nur um den Preis gesteigerter Abhängigkeiten erfolgen würde.

Vor dem Hintergrund dieses Trendszenarios 2016 ergeben sich für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den unterschiedlichen Dimensionen folgende Handlungsstränge:

- Stärkung der Resilienz,
- Weiterentwicklung der Verteidigungsplanungen,
- Festhalten an der GSVP und Intensivierung von Kooperationen sowie das
- Erfordernis von vermehrten und robusteren Beiträgen zur Umfeldstabilisierung.

STÄRKUNG DER RESILIENZ ÖSTERREICHS

Angesichts der multiplen Krisen, mit denen die EU und ihre Mitgliedsstaaten konfrontiert sind, stellt sich immer mehr die Frage nach der Resilienz einzelner Staaten bzw. der EU in ihrer Gesamtheit. Resilienz kann ganz allgemein verstanden werden als die Fähigkeit, mit– vorhergesehen bzw. unvorhergesehen – Ereignissen umgehen zu können. Diese Fähigkeit ist in einem sich grundlegend und dynamisch wandelnden Sicherheitsumfeld für einen Staat, seine Leistungsfähigkeit und damit langfristig auch für seine Legitimation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern von entscheidender Bedeutung. Die Resilienz setzt sich aus zwei Elementen zusammen: Robustheit als Fähigkeit, erwartete Ereignisse zu bewältigen, und Agilität als Lern- und Entwicklungsfähigkeit im Umgang mit unerwarteten Ereignissen.

Resilienz geht somit auch einher mit der Strategiefähigkeit von Staaten, also mit der Fähigkeit, Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen so früh als möglich zu erkennen sowie hinsichtlich ihrer Relevanz für den eigenen Staat zu analysieren, zeitgerecht kohärente und wo erforderlich gesamtstaatliche Strategieoptionen für die Staatsführung zu entwickeln und nach einer politischen Entscheidung deren Umsetzung zu begleiten. Der Umgang mit den Krisen der letzten Jahre, mit denen Österreich konfrontiert war, legt den Schluss nahe, dass hier ein gesamtstaatliches Fähigkeitsdefizit besteht. Trotz expliziter Adressierung in der ÖSS und in den letzten Regierungsprogrammen konnten bislang keine adäquaten leistungsfähigen Strukturen zur strategischen Vorausschau und Entwicklung von gesamtstaatlichen Handlungsoptionen im Rahmen eines gesamtstaatlichen Lagezentrums geschaffen werden. Österreich mangelt es somit

– und das ist auf Sicht eines der essentiellsten Sicherheitsdefizite, mit denen das Land konfrontiert ist – an wesentlichen Voraussetzungen seiner Strategiefähigkeit. Zu den prioritären sicherheitspolitischen Aufgabenstellungen 2016 zählt somit die Einrichtung eines gesamtstaatlichen Lagezentrums.

WEITERENTWICKLUNG DER VERTEIDIGUNGSPLANUNGEN

Die aktuellen Entwicklungen in Osteuropa, im Nahen Osten, in Nordafrika aber auch in Europa erfordern keine grundlegenden Veränderungen in der strategischen Ausrichtung. Vielmehr wird die Richtigkeit und Notwendigkeit der konsequenten Ausrichtung auf die einsatzwahrscheinlichen Aufgaben, wie sie im Strukturpaket „ÖBH 2018“ ausgeplant wurden, grundsätzlich bestätigt.

So ist weiterhin von keinem gesteigerten konventionellen militärischen Risiko für Österreich auszugehen. Daran hat auch der Ukraine-Konflikt für Österreich nichts Grundlegendes geändert.

Aktualisiert hat sich die Annahme, dass in naher Zukunft Einsätze des ÖBH zur Landesverteidigung für die Abwehr asymmetrischer Angriffe notwendig werden können.

Insbesondere nach den Anschlägen von Paris stehen der Schutz der Bevölkerung, ihrer Lebensgrundlagen und die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Staates im Vordergrund. Zur Aufrechterhaltung der Resilienz sind die Fähigkeiten des ÖBH konsequent weiterzuentwickeln. Dies umfasst insbesondere die Bereiche Führungsfähigkeit, Aufklärung, Mobilität zu Land und in der Luft sowie die Spezialeinsatzkräfte. Der raschen Reaktionsfähigkeit und der personellen

Durchhaltefähigkeit auch über einen längeren Zeitraum kommt eine gestiegene Bedeutung zu.

Generell zeigt sich das dringende Erfordernis, der europäischen Entwicklung zu folgen, wieder in Streitkräfte zu investieren und damit die Einsatzbereitschaft zu erhöhen und an die neuen Herausforderungen anzupassen.

FESTHALTEN AM AUSBAU DER GSVP UND INTENSIVIERUNG VON KOOPERATIONEN

Wegen schwieriger allgemeiner Rahmenbedingungen in der politischen Integration der EU kann die GSVP weiterhin ihr Potential nicht realisieren. Gleichzeitig bleibt die GSVP für Österreich der zentrale Handlungsrahmen. Daher ist es aus österreichischer Sicht umso wichtiger, dass die aktuellen Handlungsstränge – insbesondere die laufenden Krisenmanagement-Einsätze, die Erstellung einer neuen Europäischen Sicherheitsstrategie und die Unterstützungsleistungen für Frankreich in Folge der Aktivierung der Beistandsklausel in Richtung einer effektiven und ambitionierten europäischen Verteidigungspolitik – erfolgreich weitergeführt werden. Österreich muss sich im Sinne der eigenen Interessenslage weiterhin in angemessener Form einbringen. Das erfordert v. a. die Fortsetzung der militärischen Krisenmanagement-Beiträge auf hohem Niveau und den Ausbau der Kooperationen mit gleichgesinnten EU-Staaten sowie einen sichtbaren Solidarbeitrag gegenüber Frankreich. Im Rahmen der Erarbeitung der neuen Europäischen Sicherheitsstrategie wird insbesondere auf die Bedeutung der Verteidigungsdimension, auf eine kohärente gemeinsame Bedrohungseinschätzung und auf konzeptive Vorgaben für eine effizientere Verzahnung von Streitkräften hinzuwirken sein. Das strategische Kooperationsportfolio des ÖBH wäre mit Vorrang zu implementieren.

ERFORDERNIS VON VERMEHRTEN UND ROBUSTEREN BEITRÄGEN DES ÖBH ZUR UMFELDSTABILISIERUNG

Das Anforderungsprofil bei internationalen Einsätzen wird sich weiter in Richtung erhöhter militärischer Leistungsfähigkeit verändern. Diese Tendenz hat der jüngste Peacekeeping-Gipfel in New York bestätigt. Dies resultiert insbesondere aus den umfassenderen Mandaten, die zunehmend auch den Schutz der Zivilbevölkerung gegenüber bewaffneten Milizen und Terroristen beinhalten und aus den steigenden asymmetrischen Konflikten. Für Österreich von besonderer Relevanz sind dabei die Einsätze im Nahen Osten, in Nordafrika und in Subsahel-Afrika. Militärisch bedeutet dies, dass internationale Einsätze robuster und anspruchsvoller werden, was u. a. erhöhte Anforderungen an Truppenschutz, Mobilität und Aufklärungsfähigkeit zur Folge hat.

Die intensivierten Konflikte in der europäischen Nachbarschaft erfordern einen vermehrten Stabilisierungsbedarf. Es wäre daher zu prüfen, inwieweit sich das ÖBH im Rahmen eines gesamtstaatlichen zivil-militärischen Ansatzes mit zusätzlichen Kräften und Mitteln an UN-mandatierten Friedensmissionen beteiligen soll und den Forderungen zunehmend robuster und anspruchsvollerer Missionen verbessert gerecht werden kann.